

## Es ist einiges faul in den Staaten Europas

### Sieben Todsünden stellen die Währungsunion infrage.

Man muss schon Shakespeare bemühen, um die ganze Dimension der europäischen Tragödie noch in Worte zu fassen. Selbst die nicht zu Übertreibungen neigende Bundeskanzlerin hat die Euro-Krise zu einer Frage von "Sein oder Nichtsein" hochstilisiert. Es ist also ernst. Wieder einmal, möchte man sagen, nachdem uns der Griechenland-Schock noch in den Knochen steckt. Damit wir uns nicht ständig fragen müssen: "Wie konnte es so weit kommen?" hier die sieben Todsünden, die den Euro in eine Existenzkrise getrieben haben: Erstens: Verdrängung. Europas führende Politiker tun immer noch so, als handle es sich um eine vorübergehende Finanzklemme schwacher Euro-Länder. Die Griechenland-Krise hat jedoch bereits die Frage aufgeworfen, ob alle Euro-Mitglieder wirtschaftlich fit genug für eine Währungsunion sind. Und Irland führt uns erneut vor Augen, dass nicht nur die keltischen Banken, sondern viele europäische Finanzhäuser allein deshalb noch am Leben sind, weil der Staat ihnen immer wieder einen Blankoscheck ausstellt.

Zweitens: Illusion. Als die Europäer ihren 750 Mrd. Euro großen Rettungsschirm über der Währungsunion aufspannten, glaubte man in Brüssel noch, dass es nie mehr regnen würde. Mit anderen Worten: Allein das Hilfsversprechen würde reichen, um die Märkte für immer zu beruhigen. Das war ein Sommermärchen, wie wir jetzt wissen. Der Rettungsschirm verschiebt die Probleme nicht einmal bis zu seinem Ablaufdatum 2013. Die Nothilfe aus Brüssel verringert weder den Schuldenberg der Hellenen, noch löst sie das Bankenproblem der Iren oder bringt die Portugiesen und Spanier zurück auf den Pfad der Tugend.

Drittens: Übermut. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist wie die Feuerwehr in den Krisenherd gerannt, ohne sich um einen Rückweg zu kümmern. Jetzt stützt die EZB die Schuldnerländer nicht nur mit Anleihekäufen, sondern hält deren Banken auch durch ständige Liquiditätshilfen über Wasser. Die Grenzen zwischen Geld- und Fiskalpolitik sind quasi aufgehoben - mit unabsehbaren Folgen für die Preisstabilität. Ironie des Schicksals: Die Warnungen des zuletzt viel gescholtenen Bundesbank-Chefs Axel Weber vor dem Übermut der EZB dürften umso mehr Zuspruch bekommen, je länger die Euro-Krise dauert.

Viertens: Kommunikation. Bundeskanzlerin Merkel hat die Finanzmärkte zweimal auf dem falschen Fuß erwischt und dadurch die Krise verschärft. Im Falle Griechenlands schwieg sie zu lange, im Falle Irlands redete sie vorschnell über die noch unausgereifte Beteiligung der Gläubiger.

Fünftens: Planlosigkeit. Weder in Brüssel noch in den europäischen Hauptstädten gibt es einen Plan, wie man die Währungsunion auf solide Füße stellen will. Der Rettungsschirm sorgt allenfalls für eine Atempause. Der Krisenmechanismus weist zwar in die richtige Richtung, doch hat sich niemand Gedanken darüber gemacht, wie man einen Staatskonkurs unter Beteiligung der Gläubiger ordentlich abwickeln kann.

Sechstens: Unehrllichkeit. Wer die Währungsunion in ihrer jetzigen Form zusammenhalten will, aber zugleich eine Transferunion von Reich zu Arm kategorisch ablehnt, führt die Öffentlichkeit hinters Licht. Man kann aus politischen Motiven wirtschaftlich ungleiche Länder zusammenbinden. Dann muss man aber auch bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen.

Siebtens: Führungslosigkeit. Deutschland ist durch seine wirtschaftliche Stärke die natürliche Führungsmacht in Europa. Berlin zeigt sich dieser Aufgabe bislang jedoch nicht gewachsen. Wenn Führungswille wie beim Vorschlag der Insolvenzordnung aufflackert, wird er durch Inkompetenz konterkariert.

Riecke, Torsten  
Der Autor ist Korrespondent in Zürich.